

Antrag Nr. 21-F-21-0007

SPD, CDU, GRÜNE

Betreff:

Zukunft der Anerkennungsberatung für Zuwanderer
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2021 -

Antragstext:

Viele Zuwanderer, die nach Deutschland kommen, sind gut qualifiziert und haben Abschlüsse in ihrer Heimat erworben. Seit dem 01.04.2012 gibt es ein Bundesgesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse und seit dem 12.12.2012 das Hessische Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen. Um eine Anerkennung von Abschlüssen auf dem stark formalisierten deutschen Arbeitsmarkt zu bekommen, gibt es aber einige Hürden zu überwinden. Es müssen schriftliche Anträge gestellt werden und übersetzte beglaubigte Kopien von Zeugnissen bei verschiedenen Stellen eingereicht werden. Hier ist eine kompetente Beratung essentiell, um alle benötigten Unterlagen zusammenzustellen und zu klären, ob sich ein Anerkennungsverfahren überhaupt lohnt.

Seit Januar 2015 wird die institutionalisierte Beratung in Wiesbaden unter dem Dach der Organisation IQ Netzwerk Hessen durchgeführt. Das bundesweite Förderprogramm "Integration durch Qualifizierung (IQ)" hat das Ziel, die Arbeitsmarktchancen von erwachsenen Migrant*innen in Deutschland zu verbessern. Bis jetzt ist noch unklar, wie es nach der aktuellen Förderperiode weitergehen soll, nach dem jetzigen Kenntnisstand soll die Förderung ab 2023 eingestellt werden. Der Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung kommt vor dem Hintergrund, dass es in einigen Bereichen, wie dem Gesundheitssektor, einen großen Facharbeiter*innenmangel gibt, eine besondere Bedeutung für den lokalen Arbeitsmarkt zu und sie benötigt deshalb auch in Zukunft eine sichere Finanzierungsaussicht.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie der jetzige Kenntnisstand über die zukünftige Förderung der Anerkennungsberatung ist.
2. Wie im Falle eines Auslaufens der Förderung mit dem Bedarf an Beratung umgegangen werden soll.
3. Ob es Pläne vonseiten der LHW gibt die möglicherweise ausfallende Förderung zu übernehmen.
4. Welche Instrumente oder überregionalen Kooperationsnetzwerke installiert werden könnten, um die vorhandenen Strukturen zu ergänzen oder notfalls zu ersetzen.

Wiesbaden, 17.02.2021

Simon Rottloff
Fachsprecher
(SPD-Fraktion)

Rebecca Tüshaus
Fraktionsreferentin
(SPD-Fraktion)

Antrag Nr. 21-F-21-0007
SPD, CDU, GRÜNE

André Weck
Fachsprecher
(CDU-Fraktion)

Louise Lydia Wagenbach
Fraktionsreferentin
(CDU-Fraktion)

Konny Küpper
Fachsprecherin
(Bündnis 90/Die Grünen)

Linda Marschall
Fraktionsreferentin
(Bündnis 90/Die Grünen)